EESC info
European Economic and Social Committee
A bridge between Europe and organised civil society

July 2024 | DE

Die lokale Sicht – S4 Folge 6 – Wirtschaftspolitische Steuerung: Europa am Scheideweg

Willkommen beim Podcast „Die lokale Sicht“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). In dieser Folge beschäftigen wir uns mit der Komplexität der wirtschaftspolitischen Steuerung und den Herausforderungen für die europäische Wirtschaft. Sie erfahren mehr über den Konsens zwischen den EU-Mitgliedstaaten in puncto wirtschaftspolitischer Steuerung und die schweren Entscheidungen, die Europa treffen muss, um seine Wirtschaft an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Auch diesmal haben wir kompetente Gesprächspartner an unserer Seite: **Luca Jahier**, ehemaliger Präsident und derzeitiger Vorsitzender der Gruppe Europäisches Semester des EWSA, **Margarida Marques**, MdEP, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten, **Maria Demertzis**, leitende Forschungsmitarbeiterin bei Bruegel, und **Maria Tadeo**, Korrespondentin in Brüssel. (tk)

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS
- DA
- EN
- ET
- FR
- EL
- GA
- HR

- IT
- LV
- LT
- HU
- MT
- NL
- PL
- PT
- FI
- RO
- SK
- SL
- SV

Available Languages:

ES BG CS DA EN DE ET FR EL GA HR IT LV LT HU MT
NL PL PT FI RO SK SL SV

GRUSSWORT



Grußwort

Die Stimme junger Menschen muss in Europa Gewicht haben

Das neu gewählte Europäische Parlament wird im Juli zu seiner ersten Plenarsitzung zusammentreten. Zwar hat die prodemokratische Mehrheit Bestand, doch ist der Aufstieg rechtsextremer und euroskeptischer Kräfte nach der Europawahl vom Juni besorgniserregend. Bemerkenswert ist auch die wachsende Anziehungskraft rechtsextremer Parteien auf die jüngere Generation, die offensichtlich nicht gegen diesen Trend immun ist. Die demokratischen Kräfte müssen jetzt erst recht ihre Verantwortung wahrnehmen, zusammenarbeiten und sich klar zu einem starken Europa bekennen, in dem die Stimme junger Menschen Gewicht hat.

Wenn wir ein widerstandsfähiges, nachhaltiges und zukunftsgewandtes Europa wollen, müssen wir junge Menschen stärker in die Politikgestaltung der EU einbeziehen. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, um der Jugend mehr Mitsprache bei den auf EU-Ebene übernommenen Verpflichtungen zu geben. Die Stimme junger Leute darf nicht nur am Wahltag zählen! Der EWSA spricht sich dafür aus, jungen Menschen systematisch und regelmäßig Gelegenheit zu geben, ihre

Standpunkte vorzubringen.

Den EWSA für junge Menschen – auch aus den Bewerberländern – zu öffnen, ist eine der Prioritäten meiner Amtszeit. Seit Mai 2024 unterzieht der EWSA als erste EU-Institution seine politischen Empfehlungen einem Jugendtest, mit dem Vorschläge daraufhin abgeklopft werden, ob sie für junge Menschen von Nutzen sind. Durch die Anwendung des Jugendtests in unseren Stellungnahmen achten wir darauf, dass die Sichtweise junger Menschen ihren Niederschlag in den Maßnahmen findet, dass die Folgen für junge Menschen bedacht werden und dass wir mögliche nachteilige Wirkungen, die die Politik auf sie haben könnte, abfangen.

Vor der Einführung des Jugendtests haben wir seine Praxistauglichkeit in einem Pilotprojekt erprobt. Wir haben junge Leute aus der gesamten EU und anderen Ländern eingeladen, an unseren Sitzungen teilzunehmen und an den Stellungnahmen mitzuarbeiten. Es war wunderbar zu sehen, mit wieviel Eifer, Engagement und Sachkenntnis sie zu Werke gingen und welch brillante Ideen sie hervorbrachten. Wir haben jetzt zu Bewerbungen für die Teilnahme am offiziellen EWSA-Jugendtest aufgerufen. Die Frist endete am 30. Juni. Ich möchte allen Jugendvertreterinnen und -vertretern, die am Pilotprojekt teilgenommen haben, und den Mitgliedern der Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA für ihren Einsatz bei der praktischen Einführung des Jugendtests danken.

Die EU braucht junge Menschen. Deshalb sollten die EU-Institutionen unserem Beispiel folgen, um ein Europa zu schaffen, in dem die Jugend mitredet. Während sich das Europäische Parlament im kommenden Monat neu konstituiert und die Europäische Kommission sich auf ihre nächste Amtszeit im Herbst vorbereitet, wird der EWSA weiter darauf dringen, dass wir mehr in junge Menschen investieren: Es ist Zeit für den nächsten Schritt!

Zu Beginn des Sommers möchte ich bei dieser Gelegenheit allen Kolleginnen und Kollegen herzlich danken, die es möglich gemacht haben, dass unser Ausschuss einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht hat.

Oliver Röpke

Präsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

12. Juli 2024

Niemanden zurücklassen – Verpflichtung der EU zur Eindämmung seltener Krankheiten

15. Juli 2024

Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsfrage

18./19. September 2024

EWSA-Plenartagung

TO THE POINT

ZUR SACHE

Mit dem EU-Jugendtest sollen junge Menschen stärker an der Politikgestaltung beteiligt werden. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist für die Teilnahme am EU-Jugendtest im EWSA erläuterte uns die Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA, Katrīna Leitāne, nun, was dieser Test den ausgewählten Jugendorganisationen bringen wird, die an der Arbeit des Ausschusses mitwirken sollen.



EWSA BEZIEHT JUGENDVERTRETERINNEN UND -VERTRETER IN SEINE ARBEIT EIN

Von Katrīna Leitāne, Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA

Junge Menschen sind mit ihren Interessen bei der Politikgestaltung weltweit unterrepräsentiert, jedoch bereit, willens und in der Lage, einen Beitrag zu leisten. Durch die Einbeziehung der Sichtweisen junger Menschen in die Arbeit des EWSA wird die europäische Politik repräsentativer und krisenfester. Als Haus der europäischen Zivilgesellschaft sollte der EWSA die maßgebliche EU-Institution für die Vertretung der Standpunkte junger Menschen sein.

Seit einigen Jahren arbeitet der EWSA daran, die Stimme junger Europäerinnen und Europäer besser in seine Arbeit und in den Beschlussfassungsprozess der EU zu integrieren. Die Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA wurde vor einem Jahr eingerichtet, um der Beteiligung junger Menschen einen offiziellen Rahmen zu geben. Mit der im September 2022 veröffentlichten Stellungnahme zum *EU-Jugendtest* hat sich der EWSA als erste EU-Institution zu dessen Umsetzung verpflichtet. Im April 2024 ist dem EWSA mit der Annahme des Verfahrens zur Anwendung des **EU-Jugendtests im EWSA** ein weiterer wichtiger Schritt gelungen.

Der Jugendtest ist ein Instrument, mit dem junge Menschen stärker an der Politikgestaltung beteiligt und ihre Interessen durchgehend berücksichtigt werden sollen. Vorgesehen sind dafür Konsultationen, Folgenabschätzungen und Abhilfemaßnahmen. Im EWSA bedeutet dies, dass Jugendvertreterinnen und -vertreter bei ausgewählten Stellungnahmen mit EWSA-Mitgliedern zusammenarbeiten. Dazu werden Jugendvertreterinnen und -vertreter an Sitzungen und Anhörungen teilnehmen, schriftliche Beiträge abgeben und die Stellungnahmen gegebenenfalls auch weiterverfolgen. Pro Stellungnahme wird im Namen aller interessierten Jugendorganisationen ein Jugendvertreter mitarbeiten.

Die Initiative befindet sich derzeit in der Phase der Umsetzung. Im Juni dieses Jahres wurde ein offener Aufruf an Jugendorganisationen veröffentlicht, sich für die Teilnahme zu bewerben; im EWSA gingen über 100 Bewerbungen ein. Die in Frage kommenden Jugendorganisationen werden regelmäßig über neue Stellungnahmen informiert und gefragt, ob sie an Stellungnahmen mitarbeiten möchten. Die endgültige Entscheidung, welche Stellungnahmen für den EU-Jugendtest im EWSA vorgeschlagen werden, liegt bei den Vorständen der Fachgruppen bzw. der CCMI.

Die Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ konnte bei der Ausarbeitung der Verfahren auf Erfahrungen mit einem sehr erfolgreichen Pilotprojekt zurückgreifen. Dabei hatten alle Fachgruppen und die CCMI des EWSA eine Stellungnahme ausgewählt und insgesamt 20 Jugendvertreterinnen und -vertreter mit Erfolg einbinden können. Thematisch war das Spektrum der Stellungnahmen sehr breit und reichte vom Europäischen Semester bis zur Verteidigung der Demokratie.

Die Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA arbeitet daran, den besten Weg für eine sinnvolle Einbeziehung von Jugendorganisationen zu finden. Nun geht es darum, die Initiative umzusetzen und regelmäßig zu überprüfen und zu verbessern.

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Website EU Youth Test at the EESC oder beim Sekretariat: youtheesc@eesc.europa.eu.



ÜBERRASCHUNGSGAST

Den jungen Menschen in Albanien wird bei der Heranführung ihres Landes an die EU eine immens wichtige Rolle zukommen. Ihre Offenheit für den Wandel und ihre Begeisterung für die EU wird jedoch häufig nicht so unterstützt, dass sie sich in substanzieller Weise an Programmen, Projekten und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Es bedarf einer umfassenden Koordinierung der Interessenträger, die sich auf junge Menschen konzentriert, schreibt unser **Überraschungsgast Dafina Peci**, Exekutivdirektorin des Nationalen Jugendkongresses Albaniens.

Dafina Peci wurde 2016 Exekutivdirektorin des Nationalen Jugendkongresses Albaniens, dessen Präsidentin sie zuvor für zwei Jahre war. Seit 2017 unterrichtet Frau Peci an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tirana. Sie war Mitglied der Arbeitsgruppe zur Einrichtung des Regionalbüros für Jugendzusammenarbeit (RYCO) und vertrat Albanien anschließend im RYCO-Lenkungsausschuss sowie als Jugendvertreterin in dessen Verwaltungsrat. Sie hat einen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaften und internationalen Beziehungen und einen Master-Abschluss in Regionalpolitik und Sicherheitspolitik. Im Rahmen ihrer postgradualen Studien spezialisierte sie sich auf Sicherheit nach Konflikten und den Aufbau von Friedens- und Vermittlungseinrichtungen.



ALBANIENS WEG IN DIE EU – OHNE DIE JUNGEN MENSCHEN UND DIE ZIVILGESELLSCHAFT GEHT ES NICHT

von Dafina Peci, Exekutivdirektorin des Nationalen Jugendkongresses Albaniens

Junge Menschen sind nicht nur die Spitzenpolitiker von morgen, sondern ihre Mitarbeit wird bereits hier und heute dringend gebraucht. Ihr Enthusiasmus, ihre Fantasie und ihr Wille, großartige Ideen zu verwirklichen, sind entscheidend für den gesellschaftlichen Fortschritt. Das aktive Engagement junger Menschen fördert demokratische Werte, den sozialen Fortschritt und die persönliche Entwicklung. Es vermittelt den Entscheidungsträgern wichtige Erkenntnisse über die Probleme, die angepackt werden müssen.

Albaniens Jugend sieht die EU-Integration sehr positiv, doch leider wird ihre Begeisterung nicht durch geeignete Informationen, Kenntnisse oder Mittel unterstützt, die ihre Teilhabe ermöglichen würden.

Albanien könnte viel gewinnen, wenn seine Jugend befähigt würde, sich wirklich an Programmen und Projekten zu beteiligen. Dies würde jungen Albanern dabei helfen, ihre Bedürfnisse und Prioritäten zum Ausdruck zu bringen und aktiv den von ihnen gewünschten Wandel herbeizuführen.

Der Nationale Jugendkongress Albaniens bemüht sich sehr darum, zu erfassen, was das zivilgesellschaftliche Engagement und die Teilhabe junger Menschen für den Wandel der Gesellschaft auszurichten vermag. Um die Aktivitäten junger Menschen und ihre Beteiligung am Prozess der EU-Integration Albaniens zu verbessern, müssten den gewonnenen Erkenntnissen unbedingt auch konkrete Maßnahmen folgen. Das beginnt bei starken Partnerschaften, bei denen die Jugend besonders berücksichtigt wird, und reicht über Investitionen in die Jugend als wertvoller Teil der Gesellschaft bis hin zur Förderung größerer Synergien zwischen allen einschlägigen Interessenträgern. Dies sind meines Erachtens entscheidende Punkte.

Partnerschaft mit jungen Menschen und der Zivilgesellschaft zur Förderung der EU-Integration Albaniens

Junge Menschen sind nicht nur die Hoffnung, auf die wir bauen, sondern sie sind auch unsere wichtigsten Treiber des Wandels, die Albanien nach vorne bringen – und zwar nicht nur in eine bessere Zukunft, sondern auch in eine lebenswerte Gegenwart. Die Jugend hat den Mut, die Ideale und den Willen, selbst unerreichbar erscheinende Ideen zum Leben zu erwecken. Jugendliche, die sich aktiv in die Gesellschaft einbringen, fördern nicht nur ihre persönliche und soziale Entwicklung, sondern machen dadurch auch unsere Gesellschaft demokratischer. Außerdem eröffnet ihr Engagement den Entscheidungsträgern wertvolle Perspektiven zu Themen und Tendenzen, die entschlossenes Handeln erfordern. Die Stärkung der Handlungskompetenz und das Engagement junger Menschen durch eine aktive Beteiligung an Aktivitäten und Programmen, die ihren Bedürfnissen und Zielen entsprechen, würden Albanien entscheidend voranbringen.

Teilhabe gehört nicht nur als ein grundlegendes Konzept zu den Menschenrechten. Sie ist auch ein praktisches Mittel zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft für alle. Die Beteiligung an Wahlen durch

Stimmabgabe oder Kandidatur um Wahlämter sind unabdingbare Bestandteile des demokratischen Lebens. Doch bei der Teilhabe junger Menschen im Alltag geht es um weitaus mehr. Das Recht auf Teilhabe und die Möglichkeiten dazu sind zwar Voraussetzungen für eine aktive Bürgerschaft. Es braucht aber auch die Mittel, die Räume, die Instrumente und erforderlichenfalls die finanzielle Unterstützung, um Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen und sich an Maßnahmen und Aktivitäten beteiligen zu können, die eine Gesellschaft stärker und widerstandsfähiger machen.

In diesem Sinne ist der Ausbau der Netze zivilgesellschaftlicher Organisationen entscheidend, um zusätzliche Orte für die Einbeziehung und Befähigung junger Menschen zu schaffen. Zivilgesellschaftliche Organisationen können durch Zusammenarbeit bewährte Verfahren finden, voneinander lernen, Informationen austauschen, und neue Ideen entdecken, und sie können Netze knüpfen und Synergien schaffen. Darüber hinaus können sie auf diese Weise zusätzliche Mittel für die Schwerpunkte ihrer gemeinsamen Arbeit mobilisieren und Strategien und Programme koordinieren. Junge Menschen werden durch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen gestärkt, was auch dazu beiträgt, die Vertretung und die Teilhabe junger Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft zu verbessern.

Die jungen Menschen könnten viel Potenzial und Innovationskraft in die albanische Gesellschaft einbringen, indem sie den Weg für soziales, kulturelles und wirtschaftliches Wachstum bereiten. In diesem Sinne hoffe ich, dass sich die Erweiterung konkretisiert und zu einem Weckruf für die Jugend und die Zivilgesellschaft wird.

Es bleibt noch viel zu tun, und weitere Anstrengungen sind erforderlich, damit die echte und aktive Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft gestärkt wird und sie dementsprechend vertreten sind und in Führungspositionen gelangen können. Die Einbeziehung junger Menschen ist nicht möglich ohne die Schaffung und Förderung von Räumen für den Zugang zu Informationen sowie den Dialog und den Wissensaustausch mit Gleichaltrigen, Interessenträgern und Entscheidungsträgern.



EINE FRAGE AN ...

Nahezu die Hälfte der Praktikantinnen und Praktikanten in der EU sind unentgeltlich beschäftigt und viele werden gar in „Scheinpraktika“ als billige Arbeitskräfte eingesetzt, ohne Zugang zu sozialem Schutz oder anderen Rechten. Der jüngste Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verbesserung der Qualität von Praktika in der EU wurde zwar als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, jedoch als nicht weitreichend genug kritisiert. Wir haben die Berichterstatterin für die Stellungnahme „Praktikumsrichtlinie/verstärkter Qualitätsrahmen für Praktika“, **Nicoletta Merlo**, gebeten, den Standpunkt des EWSA zu dem Kommissionsvorschlag sowie seine Empfehlungen zur Verbesserung der Qualität von Praktika und zur Gewährleistung ihrer Zugänglichkeit für alle – und nicht nur für junge Menschen, die es sich leisten können – zu erläutern.



SCHLUSS MIT DER AUSBEUTUNG VON PRAKTIKANTINNEN UND PRAKTIKANTEN

von Nicoletta Merlo

Praktika bieten jungen Menschen die Möglichkeit, die Arbeitswelt kennenzulernen, sich beruflich zu orientieren und Erfahrung zu sammeln. Sie sind in ganz Europa nicht zuletzt auch dank des Programms „Europäische Jugendgarantie“ sehr populär geworden. Die Empfehlung des Rates zu einem Qualitätsrahmen für Praktika aus dem Jahr 2014 umfasst wichtige Leitlinien für die Mitgliedstaaten, wie sie dieses Instrument umsetzen können.

Leider kam es im Laufe der Zeit zu Missbräuchen und Verzerrungen bei der Durchführung von Praktika: Immer öfter werden junge Praktikantinnen und Praktikanten ausgebeutet und ersetzen als billige Arbeitskräfte ohne Zugang zu angemessenen Garantien und sozialem Schutzersetzen die bisherigen Beschäftigten.

Deshalb unterstützt der EWSA das Ziel der Europäischen Kommission, den Qualitätsrahmen für Praktika in ganz Europa zu verbessern, insbesondere was die Stärkung der Lern- und Ausbildungsinhalte und die Bekämpfung des Missbrauchs von Praktika angeht.

In den beiden Kommissionsvorschlägen – eine aktualisierte Empfehlung des Rates und eine Richtlinie – werden jedoch nicht alle Fragen behandelt, und es gibt eine Reihe problematischer Aspekte:

- Sie beziehen sich unterschiedslos auf alle Formen von Praktika, so dass den Unterschieden zwischen den verschiedenen Arten von Praktika und ihrem Zweck sowie ihren unterschiedlichen Ausprägungen in den Mitgliedstaaten nicht angemessen Rechnung getragen wird;
- weder sind die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs von Praktika im Vorfeld noch verbindliche Vorschriften zur Anhebung der Qualitätsstandards vorgesehen;
- zudem ist der Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlags lediglich auf diejenigen Praktikantinnen und Praktikanten beschränkt, die als Beschäftigte gelten bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen. Dies ist in weniger als der Hälfte der Mitgliedstaaten der Fall, so dass der Kreis der Nutznießer begrenzt ist und die gewünschten Ergebnisse womöglich nicht erreicht werden.

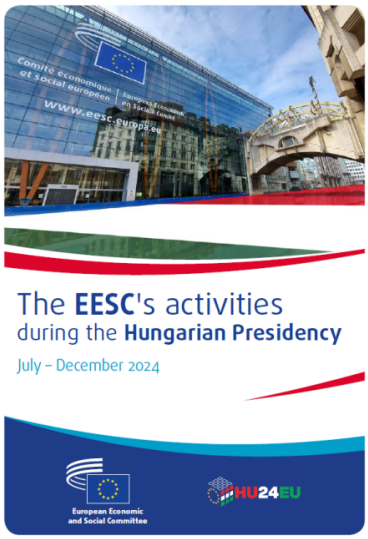
Ich bin der Meinung, dass zur Verbesserung der Qualität von Praktika zunächst Mindestqualitätskriterien für jede Art von Praktika festgelegt werden sollten, um den Rückgriff der Arbeitgeber auf Praktika im Vorfeld zu begrenzen. Diese Kriterien sollten grundlegende Garantien mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Schulungen sowie der Bekämpfung jeglicher Missbrauchsfälle anhand geeigneter Maßnahmen umfassen und hierfür auch gründlichere Kontrollen vorsehen.

Darüber hinaus müssen alle jungen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zur Praktikumserfahrung haben und unbezahlte Praktika deshalb abgeschafft werden. Auch wenn nicht generell von einem Lohn gesprochen werden kann, da Praktikantinnen und Praktikanten nicht als Beschäftigte und Praktika zumeist nicht als Beschäftigungsverhältnis angesehen werden, bedarf es dennoch einer obligatorischen Vergütung, die sich nicht nur an den jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten orientiert, sondern auch allen damit verbundenen Kosten für die Praktikantinnen und Praktikanten Rechnung trägt.

Schließlich sollte – wenn es um die Umsetzung der Vorschriften auf nationaler Ebene sowie die Überwachung und Kontrolle der Nutzung dieses Instruments geht – die Rolle der Sozialpartner stärker berücksichtigt

werden.

NEW PUBLICATIONS



EWSA veröffentlicht eine Broschüre über seine Tätigkeiten während des ungarischen EU-Ratsvorsitzes

Am 1. Juli hat Ungarn den Vorsitz im Rat der EU übernommen und wird an der Spitze Europas eine entscheidende Rolle spielen.

In dieser Zeit des politischen Stafettenwechsels nach der Europawahl hat der EWSA sich auf die Fahnen geschrieben, dem ungarischen Ratsvorsitz als verantwortungsvoller Partner zur Seite zu stehen und einige der politischen Prioritäten der kommenden europäischen Legislaturperiode entscheidend mitzugestalten.

Auf Ersuchen des ungarischen Ratsvorsitzes wird der EWSA zehn Sondierungsstellungnahmen erarbeiten. In unserer neuen Broschüre erfahren Sie mehr darüber, wer die ungarischen Mitglieder des EWSA sind und welche Organisationen sie vertreten. (cw)

EWSA



Die Jugend in der EU im Fokus: Die wegweisende Jugendtest-Initiative des EWSA gewinnt an Dynamik

Der EWSA ist sich bewusst, wie wichtig es ist, die Sichtweise junger Menschen in der EU-Politik zu berücksichtigen, und hat die Jugendorganisationen nachdrücklich zur Beteiligung am EWSA-Jugendtest aufgefordert. Diese Initiative soll jungen Menschen bei der Politikgestaltung mehr Gehör verschaffen.

In seiner Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen hat der EWSA die Jugendorganisationen unlängst gebeten, sich bis zum 30. Juni 2024 für die Teilnahme am EWSA-Jugendtest zu bewerben. Die ausgewählten Organisationen werden sodann festlegen, auf welche Stellungnahmen des EWSA sie Einfluss nehmen möchten. Sie werden an den einschlägigen Sitzungen und Anhörungen teilnehmen sowie schriftliche Beiträge übermitteln. In Frage kommen Organisationen, die demokratisch gegründet wurden, die Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention achten und deren Aktivitäten bzw. Entscheidungsgremien von jungen Menschen geleitet werden.

Im vergangenen Jahr hat der EWSA diesen Test als Pilotprojekt durchgeführt und es Jugendvertretern aus ganz Europa ermöglicht, sich an den Diskussionen über wichtige Themen wie Demokratie, gemeinsame Agrarpolitik und das Engagement junger Menschen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu beteiligen. Nach dem Erfolg dieses Pilotprojekts wurde der Jugendtest zu einem ständigen Instrument, und der EWSA ruft die anderen EU-Institutionen nun zu vergleichbaren Maßnahmen auf.

In einer Plenardebatte äußerten sich Jugendvertreter unlängst sehr positiv über diese Initiative, die ihre Einbeziehung über die üblichen jugendzentrierten Themen wie die Klimakrise hinaus gewährleistet.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** würdigte die Initiative als zentrales politisches Engagement für die Jugend und betonte, dass junge Menschen beständig in den Beschlussfassungsprozess der EU einbezogen werden müssen. Er wies darauf hin, dass Wahlen nicht die einzige Gelegenheit für junge Menschen sein sollten, sich Gehör zu verschaffen, und dass der Jugendtest ihren regelmäßigen Beitrag zur EU-Politik gewährleistet.

Katrīna Leitāne, Vorsitzende der Ad-hoc-Gruppe Jugend des EWSA, verwies auf die Fortschritte bei der Integration der Jugend in die Beschlussfassung der EU und unterstrich, dass sich der Jugendtest als vitale Initiative durch die gesammelten Erfahrungen weiterentwickeln wird. **Elias Dray**, Vizepräsident des Europäischen Jugendforums, lobte den EWSA für seine Führungsrolle und ermutigte die Jugendorganisationen, sich der Initiative anzuschließen und ihre Positionen in künftige EWSA-Stellungnahmen einzubringen.

Die albanische Ministerin für Jugend und Kinder, **Bora Muzhaqi**, nahm ebenfalls an der EWSA-Plenartagung teil. Ihr Land will ein Vorbild in der Jugendpolitik werden und zeigen, wie wichtig es ist, dass es in Behörden und Regierungen Personen gibt, die sich ausschließlich um die Belange junger Menschen kümmern. „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit unserer heutigen Arbeit – mit der Jugend und für die Jugend – unsere jungen Menschen für die Zukunft rüsten... Wir befähigen sie zu einer Führungsrolle in der Gegenwart, damit sie einen nachhaltigen und ökologisch vielfältigen Planeten von den früheren Generationen übernehmen können.“

Der EWSA unterhält ausgezeichnete Arbeitsbeziehungen zu Albanien; dies verdeutlicht die Schlüsselrolle der transnationalen Partnerschaft bei der Förderung der Beteiligung junger Menschen auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen.

Der EWSA setzt sich seit September 2022, als er eine Stellungnahme zum EU-Jugendtest verabschiedete, für diese Initiative ein. Die laufenden Bemühungen des EWSA, darunter die jährliche Veranstaltung „Your Europe, Your Say!“, zeigen sein Engagement für eine stärkere Beteiligung junger Menschen am EU-Beschlussfassungsprozess.

Die Empfehlungen der diesjährigen Veranstaltung, die im März 2024 stattfand, richten sich an die künftigen Entscheidungsträger der EU und sind online verfügbar. (ks)



Gemeinsam gegen den Hass: Europa macht gegen den um sich greifenden Hass mobil

Hetze und Hassverbrechen haben auf eine beunruhigende Weise zugenommen. Nun bündeln die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger und die Institutionen ihre Kräfte, um verstärkt gegen alle Formen von Hass vorzugehen und klarzustellen, dass es in der EU keinen Platz für Hass gibt.

Der EWSA schließt sich den Bemühungen der Europäischen Union an, den Hass in der EU einzudämmen. Dieses Phänomen hat alarmierende Ausmaße angenommen, und zunehmend werden Gruppen und Einzelpersonen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Rasse, ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer politischen Überzeugungen ins Visier genommen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen möchte der EWSA nun dem Hass sowohl online als auch offline entschiedener entgegentreten – das ist das Fazit einer hochrangigen Debatte auf der Mai-Plenartagung des EWSA, auf der auch die Stellungnahme „Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht“ verabschiedet wurde. In der Stellungnahme wird Hass in all seinen Formen verurteilt und die Mitteilung der Europäischen Kommission zu diesem Problem begrüßt.

„Wir alle sind für die Eindämmung von Hass verantwortlich“, erklärte EWSA-Präsident **Oliver Röpke** zur Eröffnung der Debatte auf der EWSA-Plenartagung. „Um Hass wirksam zu bekämpfen, müssen wir alle an einem Strang ziehen – Politiker, Zivilgesellschaft und Bürger. Nur gemeinsam und im Dialog kommen wir gegen die zunehmende Feindseligkeit in unserer Gesellschaft an, die zu einer ernsthaften Bedrohung unserer Demokratie geworden ist.“

An der Debatte nahmen führende Beamte der Europäischen Kommission und der belgischen Regierung teil. Auch Vertreter der Bürgerinnen und Bürger sowie der Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter ILGA-Europe und das Europäische Netz gegen Rassismus (ENAR) wiesen auf die Zunahme von Hass und Gewalt hin.

Die jüngsten Angriffe auf Politiker haben tiefe Spaltungen in der europäischen Gesellschaft offenbart. Die Statistiken lassen eine Verdopplung der antimuslimischen und antisemitischen Handlungen im Jahr 2023 erkennen. Sehr oft sind LGBTQIA+, Menschen mit afrikanischer Abstammung und Migranten Zielscheiben

derartiger Angriffe. Auch Frauenfeindlichkeit ist beunruhigend stark verbreitet. Eine aktuelle Analyse von Online-Beiträgen in der EU zeigt, dass die Hasstoxizität seit Anfang 2023 um 30 % gestiegen ist.

In der Kommissionsmitteilung Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht wird dazu aufgerufen, gegen den Hass einzuschreiten und Toleranz und Respekt zu verteidigen.

„Hasskriminalität und Hetze widersprechen den im EU-Vertrag verankerten Werten. Doch leider sind sie seit einiger Zeit immer öfter zu beobachten“, erklärte die für Demokratie und Demographie zuständige Vizepräsidentin der Kommission, **Dubravka Šuica**.

In seiner Stellungnahme fordert der EWSA die EU zu einem umfassenden Ansatz gegen Hass auf, der sich gegen alle zu schützenden menschlichen Eigenschaften richtet. Er plädiert außerdem für ein einheitliches Vorgehen gegen alle Arten von Hass. (ll)



Wegbereiter für künftige EU-Erweiterungen: die Erfolgsgeschichte von 2004

Auf der Mai-Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) wurden die Erfahrungen mit der EU-Erweiterung von 2004 diskutiert. Angesichts der derzeitigen geopolitischen und sicherheitspolitischen Lage braucht Europa weitere Erweiterungen dringender denn je.

Zu der Plenardebatte des EWSA zur Osterweiterung von 2004 waren Gastredner eingeladen, die bei den Verhandlungen eine wichtige Rolle gespielt hatten, darunter der ehemalige, für den EU-Beitritt zuständige polnische Staatssekretär **Jarosław Pietras**, der Generalsekretär der Stiftung für progressive europäische Studien **László Andor** aus Ungarn sowie der vormalige EU-Kommissar für Erweiterung **Štefan Füle** aus Tschechien.

Teilnehmer der Diskussion betonten, dass die EU, die nach längerer Zeit erst jetzt wieder Interesse an weiteren Erweiterungen zeigt, den Kandidatenländern einen klaren Fahrplan vorlegen muss. Lange Wartezeiten führten dazu, dass der Erweiterungsprozess an Glaubwürdigkeit verliert.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** würdigte den 20. Jahrestag nicht nur als wichtigen Meilenstein, sondern auch als eine Erfolgsgeschichte des EU-Erweiterungsprozesses, die nun durch die Beitrittsbestrebungen weiterer Länder fortgeschrieben wird.

Herr Pietras bezeichnete die Erweiterung als zweiseitigen Transformationsprozess, von dem nicht nur die Kandidatenländer, sondern auch die EU-Mitgliedstaaten profitieren.

Herr Füle, der inzwischen die Taskforce EU-Erweiterungen des Zentrums für europäische Politik leitet, wies darauf hin, dass sich sowohl die Bewerberländer als auch die EU-Mitgliedstaaten auf die neue Erweiterungswelle vorbereiten müssen.

Die wichtigste Motivation für die Osterweiterung von 2004 waren aus Sicht der Forschungsbeauftragte im Referat EU-Außenpolitik des Zentrums für Europäische Studien **Dr. Tinatin Akhvlediani** wirtschaftliche Aspekte. Die Kandidatenländer hätten sich damals in einer desolaten finanziellen Lage befunden. Heute seien dagegen Sicherheitsfragen der Hauptgrund für künftige Erweiterungen.

Eines der Mankos der Osterweiterung von 2004 besteht nach Ansicht von **Herrn Andor** beim Rechtsstaatsprinzip. Die EU hätte versäumt, die richtigen Instrumente zu schaffen, um dabei bestehenden Missständen begegnen zu können. Deshalb sei das Rechtsstaatsprinzip inzwischen zur Bedingung erhoben worden.

Im September wird der EWSA ein Gipfeltreffen der Zivilgesellschaft zur Erweiterung abhalten. Zu diesem Anlass werden erstmals auch alle Erweiterungskandidatenmitglieder zur Plenartagung eingeladen sein.



Eine starke und inklusive Kohäsionspolitik – Schlüssel zu einer erfolgreichen EU-Erweiterung

Der EWSA verabschiedete auf seiner Plenartagung im Mai zwei Stellungnahmen, in denen er die entscheidende Rolle der Kohäsionspolitik – des wichtigsten Finanzierungsinstruments der EU für die regionale Entwicklung – bei künftigen Erweiterungen hervorhebt. Der EWSA fordert unter anderem, Durchsetzungsinstrumente in den Beitrittsverträge vorzusehen, um bei möglichen Herausforderungen nach dem Beitritt, etwa in den Bereichen Migration und Rechtsstaatlichkeit, gewappnet zu sein.

In seinen jüngsten Empfehlungen betont der EWSA, wie wichtig es ist, zivilgesellschaftliche Organisationen zu integrieren und zu stärken, damit der Kohäsionsfonds wirksam eingesetzt werden kann. Der Erfolg der Kohäsionspolitik bemisst sich nicht nur anhand der wirtschaftlichen Investitionen, sondern es zählen auch die territorialen und sozialen Ergebnisse. Für die Verwirklichung des Zusammenhalts ist außerdem die Verbesserung der Verwaltungskapazitäten der Behörden von entscheidender Bedeutung.

In der Plenardebatte mit der für Kohäsion und Reformen zuständigen Kommissarin **Elisa Ferreira** und dem Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), **Vasco Alves Cordeiro**, wurde die Bedeutung der Heranführungshilfe und der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen hervorgehoben.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** und andere Redner unterstrichen die Notwendigkeit einer soliden Kohäsionspolitik, um die Herausforderungen der EU-Erweiterung zu bewältigen und eine Fragmentierung der EU zu verhindern. Die maßgeschneiderte Hilfe für die Bewerberländer ist für Frieden und Wohlstand entscheidend; wichtige Empfehlungen wurden unter anderem zur Verbesserung der Bildung, zur Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen und zur Nutzung von Sondermechanismen für Länder wie die Ukraine abgegeben.

Der EWSA wies auch auf die umfassenderen Auswirkungen der Erweiterung auf die derzeitigen Mitgliedstaaten hin und unterstrich, dass die betroffenen Regionen zusätzliche Mittel benötigen. Im

9. Kohäsionsbericht wird dazu aufgerufen, sich an neue Herausforderungen anzupassen, indem in KMU investiert, die lokalen Verwaltungen gestärkt und faire Beschäftigungsmöglichkeiten gefördert werden. Eine dynamische Kohäsionspolitik ist für die Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials der EU und die wirksame Integration neuer Mitgliedstaaten entscheidend (tk).



Nuklearmedizin als oberste Priorität bei der Krebsbekämpfung

Die Nuklearmedizin und die Versorgung mit Radioisotopen müssen für die Europäische Union oberste Priorität haben, wenn für alle Patientinnen und Patienten in Europa gleichberechtigter Zugang zur Krebsbehandlung gewährleistet werden soll.

Die EU und die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass Mittel für medizinisch genutzte radiologische und nukleare Technologien zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollten sie ihre Zusammenarbeit intensivieren, um rechtliche Hindernisse für die Versorgung mit Radioisotopen zu beseitigen und ihre Abhängigkeit von Drittländern in Bezug auf Rohstoffe zu verringern.

Deshalb betont der EWSA in seiner auf der Plenartagung im Mai verabschiedeten Stellungnahme „Europas Plan gegen den Krebs und die Sicherheit der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen“, dass bei der Krebsbekämpfung nichts unversucht gelassen werden darf.

Die Berichterstatter **Alena Mastantuono** und **Philippe Charry** vertreten beide nachdrücklich die Auffassung, dass mutige politische Entscheidungen und vernünftige Rechtsvorschriften nötig sind, um eine bessere Versorgung mit Radioisotopen in Europa zu gewährleisten und der steigenden Nachfrage der Patienten gerecht zu werden.

Jedes Jahr profitieren bis zu zehn Millionen Patientinnen und Patienten in der EU von nuklearmedizinischen Bildgebungsverfahren für die Diagnose verschiedener Krankheiten, beispielsweise von Krebs oder Herzerkrankungen. Radiologie- und Nukleartechnologien, bei denen Radioisotope zum Einsatz kommen, sind für die Krebsbekämpfung in jeder Behandlungsphase unerlässlich, von der Früherkennung über die Diagnose und Behandlung bis hin zur Palliativversorgung. (mp)



Krebsbekämpfung durch Impfungen

Angesichts der besorgniserregend zunehmenden Zahl von Krebserkrankungen und krebsbedingten Todesfällen in der EU fordert der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) dringend benötigte Maßnahmen zur Krebsprävention, zumal etwa

40 % der Krebsfälle als vermeidbar gelten.

Auf seiner Plenartagung im Mai verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme, in der er den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Empfehlung des Rates zu durch Impfung verhütbaren Krebsarten als wichtige Folgeinitiative zu Europas Plan gegen den Krebs („Krebsbekämpfungsplan“) begrüßt.

Der Schwerpunkt der Stellungnahme liegt auf der Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV) und das Hepatitis-B-Virus (HBV), da mit den Impfungen mehrere durch diese Viren verursachte Krebserkrankungen verhütet werden können.

Der EWSA betont, dass angemessene Information, Aufklärung und Kommunikation wichtig sind, um die Zielgruppen zur Impfung zu motivieren. Weiterhin macht er deutlich, dass Allgemeinmediziner, Hausärzte, Schulärzte und Organisationen der Zivilgesellschaft dabei eine wichtige Rolle spielen.

Milena Angelova, Berichterstatterin für die Stellungnahme zu *durch Impfung verhütbaren Krebsarten*, erklärte: „Wir müssen Stigmatisierung und falsche Vorstellungen über Impfstoffe bekämpfen. So wird beispielsweise irrtümlich davon ausgegangen, dass sich nur junge Mädchen impfen lassen sollten. Dem ist aber nicht so. Um diese Viren (HPV und HBV) auszumerzen, müssen wir auch Jungen und ihre Eltern einbeziehen.“ Impfstoffe müssen für alle zugänglich sein.

Es ist äußerst wichtig, der Verbreitung von Vorbehalten entgegenzuwirken, fügte die Ko-Berichterstatterin **Sára Felszeghi** hinzu. Die Bekämpfung von Falsch- und Desinformation spielt eine wichtige Rolle dabei, Menschen zur Impfung zu ermutigen.

Der EWSA fordert einen umfassenden Ansatz in der Krebsbekämpfung mit einem gut funktionierenden und integrierten System für alle Formen von Prävention, einschließlich Primärprävention (Impfung, gesunde Lebensweise), Sekundärprävention (Vorsorgeuntersuchungen) und Tertiärprävention (Behandlung und Rehabilitation).

Frau Angelova bekräftigte, dass sich die Mitgliedstaaten untereinander besser abstimmen und bewährte Verfahren austauschen müssen, um Krebs erheblich wirksamer bekämpfen und die Durchimpfungsraten EU-weit erhöhen zu können. Die Krebsprävention muss unbedingt als politische Priorität betrachtet werden. (sg)



Das Klimaziel der EU für 2040 gibt den Kurs in Richtung Klimaneutralität bis 2050 vor

Die Europäische Kommission hat das Ziel vorgeschlagen, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2040 um 90 % zu senken und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) billigte dieses Ziel auf seiner Plenartagung im Mai und betonte, dass es mit den wissenschaftlichen Empfehlungen zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C in Einklang steht.

Der EWSA bietet seine Unterstützung an und hebt hervor, wie wichtig es ist, einen fairen Beitrag zu den weltweiten Klimaschutzbemühungen zu leisten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die europäische Industrie im Zuge der Umstellung auf eine CO_2-arme Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt. **Teppo Säkkinen**, Berichterstatter für die Stellungnahme „Klimaziel der EU für 2040“, betonte, dass die Stromversorgung bis 2040 CO_2-frei sein muss, um die Dekarbonisierung der Industrie, des Verkehrs und des Gebäudesektors voranzutreiben, und plädiert für tatsächliche Emissionssenkungen durch eine schrittweise Abkehr von fossilen Brennstoffen.

Der EWSA warnt aufgrund von Risiken wie Waldbränden und Schädlingen vor einer übermäßigen Abhängigkeit vom CO_2-Abbau und fordert ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Emissionssenkungen und CO_2-Abbau. Die EU-Klimapolitik sollte sich in einem nächsten Schritt auf Investitionen konzentrieren und für den Aufbau einer starken Wirtschaft, eine größere Energieversorgungssicherheit und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sorgen. Ausschlaggebend hierfür sind die Verwirklichung des für 2030 vorgegebenen Ziels einer Emissionsreduktion um 55 % und die Umsetzung des Pakets „Fit für 55“.

Der EWSA plädiert für eine CO_2-freie Stromerzeugung bis 2040, gefolgt von einer dekarbonisierten Wärme- und Kälteversorgung. Saubere und erschwingliche Energie ist eine Grundvoraussetzung für die Dekarbonisierung der Bereiche Industrie, Gebäude und Verkehr.

Der EWSA schlägt zudem vor, im Dialog mit den Landwirtinnen und Landwirten sowie den Interessenträgern ein Emissionsreduktionsziel für den Agrar- und Lebensmittelsektor festzulegen, mit dem die Ernährungssicherheit gewährleistet und den unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten in der EU Rechnung getragen wird.

Zur Erreichung des für 2040 gesteckten Ziels sind der Rückhalt in der Öffentlichkeit und eine Einbindung der Interessenträger wichtig. Der EWSA empfiehlt daher, im Rahmen der Festlegung von Zielen und der Konzipierung von Maßnahmen einen umfassenden Dialog insbesondere mit den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zu führen.

Im Zusammenhang mit der laufenden Ausarbeitung des Legislativvorschlags zum Klimaziel für 2040 durch die EU betont der EWSA, dass ein umfassender Check-up der Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf andere große Volkswirtschaften durchgeführt werden muss, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis Europas aufrechtzuerhalten und gleichzeitig hohe Umwelt- und Sozialstandards sicherzustellen. (ks)



EU-Erweiterung bleibt dynamisch: Zivilgesellschaft will dem Westbalkan durch schrittweise Integration helfen

20 Jahre nach dem EU-Beitritt Sloweniens lud der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) führende Persönlichkeiten aus Politik und Zivilgesellschaft aus Anlass dieses symbolträchtigen Jubiläums nach Ljubljana ein. Die fundamentalen Vorteile der EU-Mitgliedschaft wurden hervorgehoben,

und es wurde bestätigt, dass die Zukunft des Westbalkan in der EU liegt.

Auf der Konferenz „Die Erfolgsgeschichte der EU-Erweiterung geht weiter – Vorteile für die Staaten des Westbalkans im Vorfeld des Beitritts“, die vom EWSA in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und der *Open Society Foundation* (Westbalkan) veranstaltet wurde, kamen die notwendigen Reformen zur Sprache, die für Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt erforderlich sind – ausdrücklich eingeschlossen davon ist der Schutz der Grundwerte der EU.

An der Konferenz nahmen Präsident **Oliver Röpke**, die slowenische Außenministerin **Tanja Fajon**, der slowenische Arbeitsminister **Luka Mesec** und die Generalsekretärin des Regionalen Kooperationsrates, **Majlinda Bregu**, teil.

Für EWSA-Präsident **Oliver Röpke** ist klar: „Der Platz des Westbalkans ist in der EU, und unsere Familie ist ohne diese Länder nicht vollständig. Sie können sich darauf verlassen, dass der EWSA weiter daran arbeiten wird, und deshalb wird er auch im September das Gipfeltreffen der Zivilgesellschaft zur Erweiterung abhalten.“

Die slowenische Außenministerin **Tanja Fajon** erklärte: „Ich glaube, dass wir in der heutigen geopolitischen Lage mehr denn je aufeinander angewiesen sind. In diesem Prozess brauchen wir die Zivilgesellschaft. Sie muss die Politik und die Regierung dazu anhalten, sich auf die EU zuzubewegen.“

Luka Mesec, slowenischer Minister für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit, erklärte: „Slowenien und die Länder des Westbalkans haben eine lange gemeinsame Geschichte. Unser gemeinsames Haus ist die Europäische Union, daher werde ich mich in der slowenischen Regierung dafür einsetzen, den Beitritt der Länder des westlichen Balkans zur Europäischen Union zu erleichtern.“ (mt)



EWSA startet EU-weites Austauschprogramm mit nationalen Wirtschafts- und Sozialräten

Der EWSA hat ein neues Programm für den Ausbau seiner Beziehungen zu den nationalen Wirtschafts- und Sozialräten (WSR) auf den Weg gebracht. Diese Initiative soll einen regelmäßigeren Austausch über vorrangige Themen, geplante Stellungnahmen und Berichte sowie über bewährte Verfahren ermöglichen.

Der erste Austausch dieser Art hatte im März mit **Katrīna Leitāne, der Vorsitzenden der Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ des EWSA**, im französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (ESEC) stattgefunden. Dort ging es zwei Tage lang um jugendpolitische Maßnahmen. Was dabei herauskam: Neue Anregungen und Vorschläge zur Förderung der Jugendagenda auf europäischer und nationaler Ebene, zur durchgängigen Berücksichtigung der Erwartungen junger Menschen in der Arbeit des EWSA und zur Kontaktaufnahme und Vernetzung mit Partnern, die in einem anderen Mitgliedstaat am gleichen Thema arbeiten.

In diesem Video berichtet Katrīna Leitāne über ihre Eindrücke von ihrem Arbeitsbesuch und ihrem fruchtbaren Austausch mit dem ESEC in Frankreich.

Weitere Informationen zu dem Austauschprogramm finden Sie auf unserer Website.

Bei Fragen und für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das Sekretariat des Referats Beziehungen zu den nationalen WSR und zur Zivilgesellschaft (CSS) (EESC-ESCS-relations@eesc.europa.eu).

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Die Europawahl 2024 ist entschieden – jetzt brauchen wir eine zukunftsfähige strategische Agenda

von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Die Europawahlen sind entschieden, der Staub hat sich gelegt. Doch dass wir stürmische Zeiten erleben, steht außer Frage. Ein Erdrutschsieg der extremen Rechten konnte durch den Erfolg der Konservativen verhindert werden. Dass die Mitte-Rechts-Fraktion ihre Position behaupten konnte, darf jedoch nicht vergessen lassen, dass die extreme Rechte im neuen Europäischen Parlament mehr Macht haben wird und die Abstimmung über Schlüsselfragen dadurch in Zukunft komplizierter wird. Einen kleinen Vorgeschmack darauf gab es, als es der EVP im letzten Jahr fast gelang, eine rechtsgerichtete Mehrheit zu schmieden, um die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur scheitern zu lassen.

Für Unternehmen rangiert die Sorge um Fortschritte in der Industriepolitik und wirtschaftliche Sicherheit an vorderster Stelle. Das betrifft insbesondere die Bereiche Technologie, kritische Rohstoffe, Halbleiter, Elektrofahrzeuge, wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und allgemeine Wettbewerbsfähigkeit. Es gilt also unbedingt, den Binnenmarkt zu stärken und durch eine echte Kapitalmarktunion die privaten Investitionen anzukurbeln. Doch wird das neu gewählte Parlament dieser Aufgabe gerecht werden?

Wir haben keine andere Wahl, als uns dem Wettbewerb mit Weltmächten wie China und den Vereinigten Staaten zu stellen.

2008 war das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone mit dem der Vereinigten Staaten vergleichbar. Es belief sich auf 13,1 Billionen USD gegenüber 13,6 Billionen USD in den USA (bzw. 14,2 gegenüber 14,8 Billionen USD zu aktuellen Preisen). Fünfzehn Jahre später liegt das BIP der Eurozone bei etwas mehr als 15 Billionen USD, während das BIP der USA rasant auf 26,9 Billionen USD angewachsen ist. Bei einem dem amerikanischen vergleichbaren Produktivitätswachstum zwischen 1997 und 2022 in den fünf größten europäischen Volkswirtschaften – Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und Spanien – würden diese Länder inzwischen ein im Durchschnitt um fast 13 000 USD (12 000 Euro) höheres Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparitäten verzeichnen. Und das sind nicht einfach nur Zahlen.

Angesichts der positiven EU-Handelsbilanz war vielen über lange Jahre gar nicht bewusst, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährdet ist. Man verließ sich auf gleiche Wettbewerbsbedingungen am Weltmarkt

und eine regelbasierte internationale Ordnung und ging davon aus, dass andere es ebenso handhaben würden. Doch nun ist die Welt in einem rasanten Wandel begriffen. Die EU muss sich ins Zeug legen und schleunigst auf all die so lange ignorierten Weckrufe reagieren. Es bleibt zu hoffen, dass das neue Parlament dieser Aufgabe gerecht wird und nicht der Parteipolitik zum Opfer fällt.



Mit einer überarbeiteten Richtlinie zu zukunftsfähigen europäischen Betriebsräten

von der Gruppe Arbeitnehmer

In großen multinationalen Unternehmen gibt es derzeit mehr als 1 200 europäische Betriebsräte (EBR). Sie sorgen für Demokratie am Arbeitsplatz, denn sie haben bei länderübergreifenden Angelegenheiten Anspruch auf Unterrichtung und Anhörung durch die Unternehmensleitung. Darunter fallen Sachverhalte wie die aktuelle wirtschaftliche und finanzielle Lage sowie absehbare Entwicklungen bei Stellenplanung, Investitionen oder neuen Arbeitsverfahren. Vereinbarungen aushandeln dürfen europäische Betriebsräte nicht.

Da die überwiegend am Hauptsitz getroffenen Entscheidungen von Unternehmen für das gesamte Unternehmen gelten, gewinnen die europäischen Betriebsräte zunehmend an Bedeutung. Sie helfen Arbeitnehmervertretern, Unternehmensentscheidungen besser nachzuvollziehen. Gleichzeitig können Unternehmen auf der Grundlage einer entsprechenden Unterrichtung und Anhörung ihre Entscheidungen so gestalten, dass sie in allen Ländern reibungslos umgesetzt werden können.

Allerdings wurden in der geltenden EBR-Richtlinie (aus dem Jahr 2009) sowie bei ihrer Umsetzung gravierende Mängel festgestellt. Vor allem haben viele europäische Betriebsräte nicht die Möglichkeit, vor Gericht zu gehen, wenn ihre Rechte missachtet werden. Eine Untersuchung zu früheren Gerichtsverfahren und -entscheidungen hat ergeben, dass gerade im Zusammenhang mit den Definitionen der Begriffe „Unterrichtung“, „Anhörung“, „länderübergreifend“ und „Vertraulichkeit“ sowie in Bezug auf das Recht des Europäischen Betriebsrats auf Hinzuziehung von Sachverständigen (z. B. durch einen Rechtsbeistand oder Gewerkschaftsvertreter) Rechtsunsicherheit besteht. Ferner müssen einige inzwischen veraltete Vorschriften an aktuelle Gegebenheiten weltweit angepasst werden.

Die Unternehmen und ihre Beschäftigten stehen vor vielschichtigen Herausforderungen: Digitalisierung, Klimaschutz, demografische Entwicklung, Fachkräfte. Diese Veränderungen können einschneidende Folgen haben und die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens sowie die soziale Sicherheit und die Produktivität der Arbeitnehmer beeinträchtigen. Studien belegen, dass wirksame Rechte der Unterrichtung und Anhörung bzw. Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer die Tragfähigkeit der Entscheidungen von Unternehmen und deren Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Europäische Betriebsräte können also bei der Umsetzung von Strategien für einen gerechten Übergang eine entscheidende Rolle spielen.

Deshalb muss die Richtlinie überarbeitet werden, denn nur so kann für Rechtssicherheit und ordnungsgemäß funktionierende europäische Betriebsräte gesorgt werden. Im Rahmen einer zügigen und reibungslosen Überarbeitung sollten die Mängel der Richtlinie beseitigt und die europäischen Betriebsräte für die Zukunft gerüstet werden. Der EWSA hat in seiner Stellungnahme den Vorschlag der Kommission bewertet und den

Gesetzgebern eine Reihe konkreter Vorschläge zur Verbesserung der Richtlinie unterbreitet.



Gesundheit muss in der neuen Legislaturperiode eine zentrale Priorität bleiben

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Angehörige der Gesundheitsberufe und Vertreter der Zivilgesellschaft fordern von den politischen Entscheidungsträgern einen „Gesundheitscheck“ für alle künftigen Maßnahmen. In der neuen Legislaturperiode muss das „Recht auf Gesundheit“ weiterhin ganz oben auf der Agenda der EU und der Mitgliedstaaten stehen. So lautete eine Forderung der Europäerinnen und Europäer auf der Konferenz zur Zukunft Europas.

Die nationalen und europäischen Gesundheitsmaßnahmen müssen besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden, damit ein nachhaltigerer und krisenresistenter Gesundheitssektor entsteht, der einen gleichberechtigten Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet.

Hierzu dürften Investitionen, Prävention, technologische Innovationen und frühkindliche Gesundheitserziehung maßgeblich beitragen, wie die Konferenz zur Lage des Gesundheitswesens in der EU am 4. Juni in Lüttich festgestellt hat. Diese wurde im Rahmen des belgischen EU-Ratsvorsitzes von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA zusammen mit den beiden Krankenhäusern CHU Liège und Hôpital de la Citadelle veranstaltet.

„In der nächsten Legislaturperiode 2024–2029 muss die Gesundheit für die neue Europäische Kommission, das neue Europäische Parlament und den Rat weiterhin eine zentrale strategische Priorität sein“, betonte **Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft. Die europäischen Institutionen sollten entsprechend dem Konzept „Eine Gesundheit“ die Verflechtungen zwischen der Gesundheitspolitik sowie dem demografischen, dem digitalen und dem ökologischen Wandel, der wirtschaftlichen Sicherheit und der Industriepolitik fördern.

Séamus Boland unterstrich, dass die Gesundheitspolitik nur mit niedrigschwelligen, angemessenen und hochwertigen Sozialdiensten und sozialpolitischen Maßnahmen sowie mit einer ausreichenden Zahl gut ausgebildeter Angehöriger der Gesundheitsberufe effektiv funktionieren kann. Er bekräftigte, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie etwa Patientenverbände direkt in die Gesundheitsversorgung einbezogen werden und dabei Verantwortung tragen müssen: „Die Akzeptanz und der Erfolg europäischer Gesundheitsinitiativen und -programme sind nur möglich, wenn ein transparenter, regelmäßiger und strukturierter Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt wird, die zu diesem Zweck wiederum auf eine nachhaltige und berechenbare Finanzierung angewiesen sind.“

Auf der Konferenz wurden grundlegende Aspekte einer gestärkten Europäischen Gesundheitsunion erörtert:

- Verpflichtung zu dem Konzept „Eine Gesundheit“,
- digitale Innovationen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit,
- Nachhaltigkeit und zukunftssichere Gesundheitssysteme durch soziale Investitionen und
- die weltweite Bekämpfung von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich unter dem Aspekt der europäischen Solidarität: das Beispiel seltene Krankheiten.

Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Konferenz werden auf der Website der Veranstaltung veröffentlicht.

Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie in unserer Pressemitteilung.

JUGEND IM FOKUS



Wie der Rassemblement National in Frankreich aus den Stimmen der Jugend Kapital schlägt

Von Christophe Préault, Redaktionsleiter von *Touteleurope.eu*

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 hat die rechtsextreme französische Partei Rassemblement National die Umfragen weit übertroffen und das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Zudem stimmten mehr als ein Drittel der unter 35-Jährigen für sie. Unser heutiger Gast ist Christophe Préault, Redaktionsleiter von *Touteleurope.eu.* Er analysiert den Erfolg des Rassemblement National und seines erst 28 Jahre alten Parteiführers Jordan Bardella, der aus einem Pariser Vorort stammt und auf Tiktok allgegenwärtig ist.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 erzielte der Rassemblement National (RN) ein in seiner Geschichte beispielloses Ergebnis und vereinigte fast ein Drittel der Wählerstimmen (31,4 %) auf sich. Die rechtsextreme Partei steht in fast allen Alters-, Gesellschafts- und Berufsgruppen an der Spitze und mischt somit die politischen Karten neu. Das gilt vor allem für junge Menschen: 32 % der 25- bis 34-Jährigen stimmten für die Liste von Jordan Bardella und bei den 18- bis 24-Jährigen legte sie im Vergleich zur Europawahl 2019 um mehr als 10 Prozentpunkte (26 %) zu.

Diese Attraktivität des RN für die Jugend ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Da ist zuerst einmal Bardellas Persönlichkeit. Der Spitzenkandidat bei der Europawahl und Vorsitzende seiner Partei tritt ganz anders auf als traditionelle Politiker. In den Augen junger Menschen spricht er Klartext, ist aufrecht und wirkt in einer von Misstrauen gegenüber der Politik geprägten Zeit ehrlich. Auch mit seinem persönlicher Werdegang können sich viele identifizieren: Er stammt aus der Mittelschicht, ist in einem Pariser Vorort (Seine-Saint-Denis) aufgewachsen, war auf keiner Eliteschule und hat kein Universitätsdiplom, sondern nur

das Abitur in der Tasche. Damit kommt er bei diesen Jugendlichen aus einfacheren Verhältnissen, die sich Fragen über ihre Zukunft stellen und sich vernachlässigt oder sogar vergessen fühlen, gut an.

Bei den 18- bis 34-Jährigen hat er auch deshalb so großen Erfolg, weil er selbst jung ist. Mit 28 Jahren kennt er die Codes dieser Generation genau und weiß sie einzusetzen. Interessanterweise verkörperte 2017 Emmanuel Macron diesen Triumph der Jugend, wenn auch in einer anderen Gesellschaftsschicht.

So schlägt der RN aus der Persönlichkeit seines Spitzenkandidaten und aus seinem weitgehend in den sozialen Medien gepflegten Image Kapital. Jordan Bardella ist auf Tiktok allgegenwärtig. In seiner Wahlkampfstrategie spielt dieses Videoportal in einer Zeit, in der sich junge Menschen nicht mehr über klassische Mediennetze informieren, eine wichtige Rolle. Seine Beliebtheit dort wächst (1,6 Millionen Follower). Er spricht nicht über eine Reform der EU-Verträge, die Ukraine oder den Grünen Deal. Nein, er setzt vor allem seinen Alltag in Szene, gratuliert zum Muttertag, filmt sich in seinem Büro und wenn er unterwegs ist. Er schließt sich Trends an und spricht über angesagte Themen. Sogar mit Gamern, den jungen (und weniger jungen) Videospiel-Begeisterten, ist er auf Augenhöhe.

Die zunehmende Kluft zwischen den jungen Generationen und der traditionellen politischen Welt stärkt sein Image, seine Positionierung und den populistischen Diskurs, während sich die Sorgen der Wähler seit der Europawahl 2019 gewandelt haben. Der Kampf der Jugend für Umweltfragen von 2019 hat sich auf andere Themen verlagert, die gleichermaßen bewegend, aber näher an ihrem Alltag sind. Heute geben die (mit der Einwanderung verknüpfte) Unsicherheit und die Kaufkraft Anlass zur Sorge. Die rechtsextreme Partei nährt sich von dieser Wut und macht sich das Gefühl einer Generation zunutze, die sich für benachteiligt hält. Die politische Klasse insgesamt hat den Auswirkungen der COVID-19-Krise von 2020 nicht ausreichend Rechnung getragen. Durch die COVID-19-Pandemie sind die bereits zuvor für junge Menschen in Frankreich und Europa auf dem Arbeitsmarkt bestehenden Ungleichheiten dramatisch deutlich geworden und haben sich weiter verschärft. Dasselbe gilt für den Zugang zu Bildung. In einer Zeit, in der die vollständige Digitalisierung als Allheilmittel gilt, ist es noch schwieriger geworden, zu studieren oder auch nur eine Ausbildung zu absolvieren.

Also: Anstatt sich um den RN zu sorgen, gilt es, sich zunächst mit seinen Wählern zu befassen, insbesondere mit der Jugend aus der Mittelschicht. Sie braucht klare, konkrete Antworten, die ihren Bedenken Rechnung tragen: zunehmende Gewalt in der Gesellschaft, Abbau öffentlicher Dienste im ländlichen Raum, Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche oder bei der Wahl der Ausbildung und das Gefühl einer außer Kontrolle geratenen Einwanderung. Für die traditionellen politischen Parteien heißt das, einen Schritt zurückzutreten und sich um diejenigen zu kümmern, die man nicht auf dem Radar hat, die man nicht beachtet, weil sie politikfern und unengagiert sind. In diesem Kampf ist die Europäische Union trotz zahlreicher Programme für Jugend, Bildung und Beschäftigungsförderung sowie gegen Prekarität kaum sichtbar. Sicherlich bietet Erasmus durch die Förderung der Mobilität unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (Auszubildende, Arbeitslose usw.) und die Vermittlung neuer Erfahrungen eine erste Antwort, aber das ist natürlich heute längst nicht genug. Eine Lösung zu finden, heißt auch, sich die richtige Frage in Bezug auf die Migrationssteuerung zu stellen, dem zentralen Thema unserer Zeit, das die Gesellschaft spaltet. Ein Thema, das trotz des vor Kurzem angenommenen europäischen Migrations- und Asylpakets weiter die Gemüter erregt.

Christophe Préault *ist Journalist und Redaktionsleiter von Touteleurope.eu, einer Informationswebsite mit Artikeln über Arbeitsweise und Politik der Europäischen Union. Er verfügt über langjährige Erfahrung mit aktuellen Themen, insbesondere Europa- und Wirtschaftsfragen. Der Absolvent des Institut d'études politiques in Bordeaux und des Europastudiengangs an der École nationale d'administration (ENA) leitet*

heute die Redaktion von Touteleurope.eu und moderiert regelmäßig Debatten und Konferenzen zu europäischen Themen.



Wie kann man die Generation TikTok erreichen?

von Rieke Smit, Redakteurin bei Social News Daily/ #UseTheNews

Unser heutiger Gast ist die junge Journalistin Rieke Smit von #UseTheNews, eine Initiative der deutschen Nachrichtenagentur DPA rund um den Nachrichtenkonsum und die Förderung der Medienkompetenz der Genration Z. Angesichts von Statistiken, nach denen weniger als ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen sich für Nachrichten interessiert und 23 % von ihnen sich ausschließlich über TikTok informieren, geht es Rieke um die Frage, wie die Generation Z nicht nur auf TikTok, sondern auch über andere Social-Media-Plattformen erreicht werden kann – und wie ihr Interesse für wichtige Nachrichten geweckt werden kann, die unmittelbare Auswirkungen auf ihr Leben haben.

Wir verlieren eine ganze Generation – so scheint es zumindest. Wir erreichen die Gen Z nicht mehr mit Nachrichten. Weniger als ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen sind an Nachrichten interessiert. Bei den unter 18-Jährigen sieht es noch schlechter aus.

Dies ist im Allgemeinen kein neues Phänomen. Mittlerweile ist Nachrichtenmüdigkeit und -vermeidung in aller Munde. Hinzu kommt die zunehmende Bedeutung von Influencern und Plattformen mit ihren Videoclips für ein junges Publikum, worauf auch im aktuellen Digital News Report des *Reuters Institute for the Study of Journalism* hingewiesen wird.

Der Nachrichtenkonsum junger Menschen geht stetig zurück, weil es ihnen schwer fällt, vertrauenswürdige Nachrichten auf Plattformen wie TikTok zu finden, aber auch, weil sie zu den Nachrichten keinen Bezug haben. So drückte es – symptomatisch für diesen alarmierenden Trend – ein 16-jähriges Mädchen in einer unserer #UseTheNews-Studien aus. Damit drängt sich die Frage auf: Wie können wir die Generation TikTok erreichen?

Zunächst einmal müssen wir mit Nachrichten, Beiträgen und Hintergrundinformationen auf den Plattformen sein, auf denen sie ohnehin schon sind. Als Nächstes müssen wir jungen Menschen zeigen, warum es für sie so wichtig ist, auf dem Laufenden zu bleiben. Hierdurch bauen wir gleichzeitig – quasi als „Nebenwirkung“ – ihre Medienkompetenz aus.

Dies ist auch das Ziel von #UseTheNews und des Social News Daily-Redaktionsteams, das dieses Jahr zum „Jahr der Nachricht“ ausrief, um die Gesellschaft und Demokratie durch eine bessere Nachrichtenkompetenz – insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – zu stärken.

Hierfür bringt Social News Daily (SND) seine Nachrichten auf TikTok, Instagram und YouTube. Nachrichten auf Social Media? Wie kann das gehen? Das geht mit genau den Methoden, mit denen andere schon lange erfolgreich sind: Man kann sich schminken, kochen oder spazierengehen, und währenddessen über ernste

Themen sprechen. Und genau das tun wir beim SND – und zwar mit Nachrichten.

Wir versuchen, uns so gut wie möglich an die Zuschauergewohnheiten anzupassen. Wir verpacken komplexe Themen in 40-Sekunden-Videos und sagen auch, warum diese für 16-Jährige relevant sind.

Darüber hinaus setzen wir „Clickbait“-Techniken ein, jedoch ohne journalistische Standards außer Acht zu lassen. Warum? Auf TikTok haben Sie nur zwei Sekunden, um Aufmerksamkeit zu erregen. Wenn Ihr Video in diesem kleinen Zeitraum kein Interesse weckt, sieht es sich niemand weiter an. Daher beginnen wir direkt mit einer provokativen Frage oder einem speziellen Teaser, um so zunächst Aufmerksamkeit zu erregen und dann am Ende des Videos Antworten zu geben. Die jungen Menschen schauen sich so das ganze Video und damit auch den journalistischen Inhalt an. Und das ist alles?

Reicht es aus, als Medienportal auf Social Media zu sein? Die kurze Antwort lautet nein. Es muss mehr Berührungspunkte zwischen jungen Menschen und Journalistinnen und Journalisten geben, damit das Vertrauen in die Medien gestärkt und Journalismus transparent wird. Beispielsweise sollen Lehrkräfte ermutigt werden, Medienkompetenz in der Schule zu fördern oder den Kontakt zwischen Klassenzimmer und Redaktion zu intensivieren, wie wir es mit unseren Modellprojekten und Newscamps von #UseTheNews tun.

Wir müssen dort sein, wo die jungen Menschen sind: in Schulen, auf Festivals und Social Media, um mit ihnen über Falschmeldungen, die Medien und ihre Bedeutung reden zu können. Nur so kann die Gen Z wieder mit Nachrichten erreicht werden.

Social News Daily auf TikTok: https://www.tiktok.com/@social.news.daily

#UsetheNews auf Instagram: https://www.instagram.com/usethenews2024/?hl=de

Als Redakteurin vom Dienst ist Rieke für den Redaktionsalltag von Social News Daily (SND) zuständig. Sie ist seit 2021 in verschiedenen Rollen für #UseTheNews tätig und nun für die Planung, Koordinierung sowie die Abnahmen von Beiträgen bei SND verantwortlich. Nach ihrem Bachelor und Master mit Schwerpunkt Journalismus und humanitäre Hilfe hat sie ein Volontariat in der FUNKE Zentralredaktion absolviert.

#UseTheNews, eine Initiative der deutschen Nachrichtenagentur DPA, erforscht die Nachrichtenkompetenz junger Menschen. Mithilfe des Leibniz-Instituts für Medienforschung werden im News Literacy Lab und im Rahmen des Social News Desks innovative Nachrichtenformate entwickelt. Parallel dazu stellt #UseTheNews Workshops und Materialien für Lehrkräfte zur Verfügung. Das Projekt wird von einer ganzen Reihe von Partnern aus den Bereichen Medien, Bildung und Forschung unterstützt. Das Kuratorium besteht aus bekannten Persönlichkeiten aus Medienwelt und Politik.



Können Sie es sich leisten, unbezahlt zu arbeiten?

von Cláudia Pinto, Europäisches Jugendforum

Das Europäische Jugendforum – die größte Plattform von Jugendorganisationen in Europa – setzt sich seit einem Jahrzehnt für hochwertige Praktika ein und schließt sich dem Aufruf des EWSA an, unbezahlte Praktika zu verbieten. Unser heutiger Gast, Cláudia Pinto vom Europäischen Jugendforum, analysiert den jüngsten Vorschlag der Kommission zur Verbesserung der Qualität von Praktika in der EU: Auch wenn sie ihn als wichtigen Fortschritt bezeichnet, überwiegen für Cláudia die Mängel und Schwächen.

Die Arbeitsplatzsuche junger Menschen sieht heutzutage oft so aus, dass ihnen ein unbezahltes Praktikum nach dem anderen angeboten wird. Es bleibt nur das Mantra, dass unbezahlte Praktika ein Tor zum Arbeitsmarkt sind, den jungen Menschen berufliche Kontakte eröffnen und neue Lernerfahrungen bieten.

Was ein unbezahltes Praktikum definitiv nicht bietet, ist finanzielle Unabhängigkeit. Wie soll man Lebensmittel kaufen oder die Miete und all die anfallenden Rechnungen bezahlen, wenn man unbezahlt arbeitet?

Unbezahlte Praktika sind eine Form der Ausbeutung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Sie verstärken die soziale Ausgrenzung, da unbezahlte Arbeit nur für diejenigen eine Option ist, die sich das leisten können, so dass junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen von Vornherein außen vor bleiben. Erschwerend kommt hinzu, dass hierdurch Arbeitsplätze für Berufsanfänger ersetzt werden, wodurch die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch prekärer wird.

Das Europäische Jugendforum setzt sich bereits seit einem Jahrzehnt für hochwertige Praktika ein. In den letzten zwei Jahren lief unsere Kampagne *Can you afford to work for free?* für eine Richtlinie, mit der unbezahlte Praktika auf dem Arbeitsmarkt in allen EU-Mitgliedstaaten verboten werden.

Im vergangenen März veröffentlichte die Europäische Kommission schließlich ihren Vorschlag zur Verbesserung der Qualität von Praktika in der Europäischen Union, bei dem es sich tatsächlich um einen Richtlinienvorschlag handelt. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der dank des unermüdlichen Einsatzes junger Menschen auf dem gesamten Kontinent erreicht wurde. Leider bietet die Richtlinie dennoch keine wirkliche Garantie dafür, dass Praktika auf dem Arbeitsmarkt vergütet werden müssen.

Das Europäische Jugendforum bemängelt in Bezug auf den Vorschlag vor allem, dass nur die eine Hälfte des Problems angegangen wird. Die Rede ist nämlich nur von Scheinpraktika, d. h. tatsächlichen Arbeitsplätzen, die als Praktika getarnt werden, um die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Vergütung, zu verschlechtern, anstatt dass die Lage aller Praktikantinnen und Praktikanten auf dem Arbeitsmarkt betrachtet wird. Was die Europäische Kommission vorschlägt, ist eine Durchsetzungsrichtlinie. Das wird die bereits jetzt unterfinanzierten und überlasteten Arbeitsaufsichtsbehörden unter großen Druck setzen.

Daher sieht das Europäische Jugendforum die praktische Umsetzung der Richtlinie mit großer Sorge, ebenso wie die Frage, wie die Rechte junger Menschen in der Praxis gewahrt werden können. Im Wesentlichen geht es in dem Vorschlag nicht um Rechte für Praktikantinnen und Praktikanten, sondern darum, was nicht als Praktikum gelten soll. Gemäß dem Vorschlag dürfen Praktikantinnen und Praktikanten nicht diskriminiert

werden. Das Europäische Jugendforum ist jedoch besorgt, dass die Mitgliedstaaten den Vorschlag so in nationales Recht umsetzen könnten, dass sich den Arbeitgebern die Möglichkeit bietet, junge Menschen auch weiterhin auszubeuten.

Neben dem Vorschlag für eine Richtlinie hat die Europäische Kommission auch eine neue Empfehlung des Rates zur Aktualisierung des Qualitätsrahmens für Praktika vorgeschlagen, um dessen Anwendungsbereich auf alle Arten von Praktika auszuweiten und Grundsätze bezüglich Vergütung und Zugang zu Sozialschutz einzuschließen. Diese Grundsätze hier schwarz auf weiß zu sehen, ist großartig, aber leider ist die Empfehlung des Rates nicht verbindlich.

Das Europäische Jugendforum wird sich weiterhin für die Rechte junger Menschen einsetzen und für faire Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir fordern den Europäischen Rat und das Europäische Parlament auf, den Text so umzuformulieren, dass es keine Schlupflöcher gibt, die eine kontinuierliche Ausbeutung junger Menschen ermöglichen könnten. In unserem Artikel *Two Steps Forward One Step Back* gehen wir auf die Einzelheiten des Vorschlags der Kommission ein.

Cláudia Pinto ist beim Europäischen Jugendforum für den Übergang junger Menschen von der Ausbildung ins Berufsleben zuständig. Ihr Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Praktika in Europa. Sie ist Expertin für europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik und war zuvor bei der Europäischen Union der unabhängigen Gewerkschaften tätig.

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Laura Lui (ll)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Daniela Vincenti (dv)
Dimitra Panagiotou (dp)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanas (mg)
Margarida Reis (mr)
Millie Tsoumani (mt)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Anschrift

European Economic and Social Committee
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
Email: eescinfo@eesc.europa.eu

EESC info is published nine times a year during EESC plenary sessions. EESC info is available in 24 languages
EESC info is not an official record of the EESC's proceedings; for this, please refer to the Official Journal of the European Union or to the Committee's other publications.
Reproduction permitted if EESC info is mentioned as the source and a link is sent to the editor.

06/2024